

**Große Anfrage** der Fraktion der CDU**Mittelkürzung für die Bereitschaftspolizei durch Bundesinnenminister Schily**

Zur Finanzierung des Programmes der rot-grünen Bundesregierung „Deutschland erneuern — Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität“ wird durch das Innenministerium vorgesehen, die Mittel für die Bereitschaftspolizei drastisch zurückzufahren.

Die Bereitschaftspolizei in Bremen ist jedoch eine unverzichtbare Einrichtung zur Erhaltung und Verbesserung der inneren Sicherheit des Landes. Eine Kürzung der Mittel bis hin zu deren Streichung würde angesichts der besonderen Aufgabenstellung keine echte Einsparung, sondern lediglich eine Kostenabwälzung auf das Land Bremen bedeuten. In diesem Fall steht zu befürchten, dass Mittel, die dringend zur Fortsetzung der Sanierung des Bundeslande Bremen benötigt werden, anderweitig gebunden werden müssen, um den bisherigen Beitrag des Bundes zur Anschaffung von Fahrzuegen, Waffen und Funkgeräten auszugleichen.

Unter der Annahme, dass auch der Bund die mit diesen Mitteln vorgenommenen Beschaffungen für notwendig erachtet und die Finanzierung durch den Bund wegen der besonderen Aufgabenstellung auch begründet ist, würden diese Konsolidierungsmaßnahmen keine echten Einsparungen, sondern lediglich eine Kostenabwälzung auf das Land bedeuten. Dies könnte fatale Folgen für die Modernisierung der Polizei zur Folge haben.

Zur konkreten Einschätzung der zukünftigen Situation fragen wir den Senat:

1. In welchem Umfang und für welche Beschaffungen beteiligt sich der Bund bislang an den Kosten der Bereitschaftspolizei in Bremen?
2. Aus welchen Gründen hat der Bund bisher die Bereitschaftspolizei der Länder mitfinanziert?
3. In welchem Umfang ist im Programm der Bundesregierung „Deutschland erneuern — Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität“ eine Absenkung des Bundeszuschusses für die Bereitschaftspolizei in Bremen vorgesehen?
4. Welche konkreten Beschaffungen können durch die Kürzung bzw. Streichung der Bundesmittel nicht mehr erfolgen, und erachtet der Senat diese Entwicklung als eine Kostenabwälzungsmaßnahme auf die Bundesländer?
5. Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt der Senat die sinkenden Bundeszuschüsse aufzufangen?
6. Ist dem Senat bekannt, ob in anderen Ländern in der Vergangenheit die Bereitschaftspolizeien abgebaut oder aufgelöst wurden, und wenn ja, in welchen Ländern und aus welchen Gründen?

Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU